

Open Source Intelligence-Maßnahmen (OSINT) ist ein Begriff, der die Erkenntnisgewinnung durch Zusammentragen von Informationen aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen beschreibt. Während damit früher vor allem die Auswertung von Tageszeitungen, Rundfunk und Fernsehen gemeint war, beziehen sich OSINT-Recherchen heute sogar ausschließlich auf Informationen aus dem Internet.

Durch zahlreiche technokulturelle Entwicklungen, wie die Digitalisierung der Informationsverbreitung, soziale Medien, Filesharing, Streaming oder die Verlagerung des Handels in den Online-Bereich, ist die Informationsfülle, die das Internet über Personen und Geschehnisse enthält, ins Unermessliche gewachsen. Viele dieser Informationen stehen dabei auch frei zugänglich zur Verfügung – man muss sie „nur“ finden. Diese riesige Informationsmenge ist auch von hoher Relevanz für strafprozessuale Ermittlungen. So sind OSINT-Maßnahmen heute fester Bestandteil des kriminalpolizeilichen Ermittlungsrepertoires.

Wichtige Einsatzszenarien sind etwa Ermittlungen in Kryptowährungssystemen, händische und automatisierte Ermittlungen auf Darknet-Marktplätzen und -foren; aber auch alltägliche Realweltdelikte, wo häufig Datenspuren in öffentlich zugänglichen Bereichen des Internets zu finden sind.

Bisher kaum geklärt ist allerdings, auf welche Rechtsgrundlage die unterschiedlichen OSINT-Maßnahmen in der StPO gestützt werden können. Eine spezielle Rechtsgrundlage existiert bisher nicht. Ob OSINT-Ermittlungen auf die Ermittlungsgeneralklauseln gestützt werden können, hängt von der konkreten Eingriffsintensität der jeweiligen Ermittlungsmaßnahme ab und kann daher nicht pauschal beantwortet werden.

OSINT-Methoden spielen auch bei Ermittlungen wegen völkerstrafrechtlicher Delikte mittlerweile eine zentrale Rolle. Besonders prominent sind OSINT-Methoden zur Sammlung von Beweisen für Kriegsverbrechen während andauernder Konflikte geworden. Dort ist die Ermittlung im Internet deshalb besonders bedeutsam, weil physische Ermittlungen in den Kriegsgebieten aus politischen und tatsächlichen Gründen oft unmöglich sind. Gleichzeitig ist die Dokumentation dort besonders wichtig, um die Vertuschung der Verbrechen durch die Kriegsparteien zu verhindern bzw. zu erschweren. Da diese Ermittlungen bislang hauptsächlich von nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt werden, stellen sich hier im späteren völkerstrafrechtlichen Verfahren Fragen bzgl. der Authentizität und Integrität der gesammelten Daten und Informationen in besonderem Maße.

Kontakt:

Sara Kasapoglu, Jan-Luca Ross

E-Mail: iclu-events@fau.de

Telefon: +49 9131 85-22250

www.str1.rw.fau.de

www.facebook.com/ICLU.Erlangen.Nuremberg

www.instagram.com/iclu_fau/



Anmeldung bis spätestens 16.3.2023

per E-Mail an iclu-events@fau.de

unter Angabe von Name und Institution.

Die Veranstaltung wird auch als Live-Stream übertragen. Der Link wird angemeldeten Personen kurz vor Veranstaltungsbeginn bekannt gegeben.

Adresse der Veranstaltung:

Orangerie im Schlossgarten

Wasserturmstraße 3, 91054 Erlangen



Friedrich-Alexander-Universität
Fachbereich Rechtswissenschaft

Donnerstag
23.3.2023

9:30 Uhr
im Wassersaal
der Orangerie

Erlanger Cyber Crime Tag

Open Source in der Strafverfolgung

Veranstalter:

Professor Dr. Christoph Safferling, LL.M.
(LSE)

fau.de



Herausgeber: FAU, Stabsstelle Presse und Kommunikation; verantwortlich für den Inhalt: Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Internationales Strafrecht und Völkerrecht; Bilder: ©PantherMedia, _ackdigh100500@gmail.com, _openstreet view, privat

Programm

- 09:30 – 10:00 Ankunft
- 10:00 – 10:15 **Begrüßung**
*Präsidium der FAU,
Prof. Dr. Christoph Safferling, LL.M. (LSE), FAU*
- 10:15 – 10:45 **Einleitung**
Prof. Dr. Christoph Safferling, LL.M. (LSE), FAU
- 10:45 – 11:45 **OSINT in der StPO – Ermittlungen ohne Rechtsgrundlage**
*PD Dr. Christian Rückert,
Universität Mannheim*
- 11:45 – 12:15 Pause
- 12:15 – 13:15 **OSINT in der polizeilichen Ermittlung**
*KHK Andreas Korn,
Bayerisches Landeskriminalamt*
- 13:15 – 14:15 Mittagspause
- 14:15 – 15:15 **Open Source Material vor Gericht**
*OStA Dr. Nino Goldbeck,
Zentralstelle Cybercrime Bayern*
- 15:15 – 15:45 Pause
- 15:45 – 16:45 **Umgang mit OSINT aus Verteidigersicht**
*RA Diana Nadeborn,
Tsambikakis & Partner Rechtsanwälte mbB
RA Kai Kempgens,
kpw.berlin*
- 16:45 – 17:15 Pause
- 17:15 – 18:15 **Verändert OSINT den internationalen Kampf für Menschenrechte?**
*Prof. Dr. Katrin Kinzelbach,
Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg*
- 18:15 – 19:00 Stehempfang

Privatdozent Dr. Christian Rückert, Universität Mannheim



Christian Rückert studierte Rechtswissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg, wo er auch promovierte. Seine Habilitation zum Thema "Die Grundlagen der Erhebung und Verwertung digitaler Daten als Beweismittel im Strafverfahren" schloss er 2022 ebenfalls in Erlangen ab. Seit Anfang 2022 vertritt Christian Rückert den Lehrstuhl für Deutsches, Europäisches und Internationales Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht an der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des Cybercrime und der IT-Forensik sowie des Europäischen Strafrechts.

Kriminalhauptkommissar Andreas Korn, Bayerisches Landeskriminalamt



Andreas Korn ist seit 2011 im Bereich der Netzwerkfahndung tätig und verantwortlich für die bayernweite Einführung und Etablierung der Internetrecherche in sozialen Netzwerken. Seine Expertise im Bereich OSINT bringt er in den verschiedensten Verfahren der Kapitaldelikte und öffentlichkeitswirksamen Sonderkommissionen ein. Zudem ist er Single Point of Contact zu Anbietern von Internetdiensten wie META, Google und Amazon. In seinem Fachgebiet hält er Vorträge an der Hochschule für den öffentlichen Dienst der Polizei. Als Leiter der Zentralstelle im Bayerischen Landeskriminalamt ist er auch für die Einführung innovativer Ermittlungsmöglichkeiten im Bereich OSINT verantwortlich.

Oberstaatsanwalt Dr. Nino Goldbeck, Zentralstelle Cybercrime Bayern



Nino Goldbeck ist seit 2010 in der bayerischen Justiz als Richter und Staatsanwalt tätig. Anfang 2019 wechselte er vom Landgericht Bamberg zu der Zentralstelle Cybercrime Bayern, die bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg angesiedelt ist. Er leitet dort als Oberstaatsanwalt eine Arbeitsgruppe, die für herausgehobene Fälle der Wirtschaftscyberkriminalität zuständig ist. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die grenzüberschreitende Bekämpfung des weltweit anzutreffenden Kriminalitätsphänomens des sogenannten Cybertrading.

Rechtsanwältin Diana Nadeborn, Tsambikakis & Partner Rechtsanwälte mbB



Diana Nadeborn ist Rechtsanwältin und Fachanwältin für Strafrecht. Als Partnerin der Kanzlei Tsambikakis & Partner leitet sie deren Berliner Standort. Seit 2010 ist sie auf das IT-Strafrecht spezialisiert. Hier verteidigt sie Beschuldigte und berät geschädigte Unternehmen aus allen Branchen. Zusätzlich engagiert sie sich durch Publikationen und Fachvorträge für die Weiterentwicklung des IT- und Datenschutzstrafrechts.

Rechtsanwalt Kai Kempgens, kpw.berlin



Kai Kempgens ist seit 2004 als Strafverteidiger in Berlin tätig und Gründungspartner der Wirtschaftsstrafrechtskanzlei kpw. Er berät und vertritt Individualpersonen und Unternehmen in strafrechtlichen Problemstellungen und verteidigte in zahlreichen, zum Teil erheblich in der Öffentlichkeit stehenden Umfangsverfahren. Über besondere Expertise verfügt er in der Verteidigung gegen digitale Beweismittel. Einen Schwerpunkt seines Interesses bildet die vertiefte Auseinandersetzung mit technischen Beweisführungen und deren Umsetzung in die strafprozessuale Praxis - sowohl aus forensischer als auch aus rechtlicher und rechtspolitischer Sicht.

Professorin Dr. Katrin Kinzelbach, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Katrin Kinzelbach lehrt Internationale Politik der Menschenrechte am Institut für Politische Wissenschaft der FAU. Gemeinsam mit Kollegen aus der Geographie leitet sie aktuell ein Forschungsprojekt zur digitalen Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen. Vor ihrem Wechsel an die FAU war Kinzelbach stellvertretende Direktorin vom Global Public Policy Institute und Gastprofessorin an der Central European University in Budapest. Von 2001-2007 arbeitete Kinzelbach im Bereich Krisenprävention und Wiederaufbau für die Vereinten Nationen.